

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 22.02.2023

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Frau Jana Bohne
Herr John Simon Chowdry
Herr Vincenzo Copertino
Frau Hanane El Alaoui
Herr Cihad Kefeli
Herr Kamal Madougou-Zongo
Herr André Patrick Njoh Ngemhe
Frau Tanja Orłowski
Herr Christos Papakostas
Herr Jan Maik Schliffler
Frau Brigitte Stelze
Herr Cemil Yildirim
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Herr Ole Heimbeck
Frau Lena Oberbäumer

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Zehra Akyol
Herr Murat Aykanat
Herr Jan Banze
Frau Sabriya Ekinici
Herr Mohamad Jdea
Herr Klaus Rees
Herr Dilshad Simo Yoki
Frau Miriam Welz
Herr Rody Youssef

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Adilovic eröffnet die 23. Sitzung des Integrationsrates und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird geändert, indem der Punkt „Einwohnerfragestunde“ als TOP 1.1 neu hinzugefügt wird.

Der Integrationsrat hält eine Schweigeminute zum Gedenken der Opfer der Erdbebenkatastrophe im türkisch-syrischen Grenzgebiet.

Zu Punkt 1.1

Einwohnerfragestunde

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Eine Gruppe des Carl-Severing-Berufskollegs für Handwerk und Technik, Fachbereich Bau- und Holztechnik, nimmt an der Sitzung teil. Eine Lehrkraft, Frau Gehle, trägt im Namen des Kollegiums einen Fragenkatalog vor:

1. Wie viele Schul- und damit auch Ausbildungsabbrüche gibt es - prozentual betrachtet - an den Bielefelder Berufsschulen, bezogen auf jedes der vergangenen fünf Jahre?
Wo liegt dieser Prozentsatz im Fachbereich Bau des Carl-Severing-Berufskollegs für Handwerk und Technik?
2. Selbige Fragen, was die Ausfallstunden betrifft. Bezogen auf die vergangenen zwei Jahre. Mit Ausfallstunden sind sowohl die komplett weggefallenen Stunden gemeint als auch die sog. Vertretungsstunden.
3. Welche Maßnahmen führen die Bielefelder Berufsschulen durch zur Förderung junger Menschen, welche die deutsche Sprache noch nicht sicher beherrschen? Oder nicht die immer noch als klassisch geltende Vorbildung haben?
Wie sind dabei die Erfolgszahlen?
Auch diese Frage nochmal im Speziellen für den Fachbereich Bau des Carl-Severing-Berufskollegs für Handwerk und Technik.
4. Was würden sich die Berufsschulen von den Betrieben unterstützend wünschen?
5. Und wie wünschen sich die Bielefelder Berufsschulen den notwendigen Austausch zwischen Betrieb und Schule als Ausbildungsstätten?

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Genehmigung von Niederschriften

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Es liegen keine Niederschriften zur Genehmigung vor. Die noch offenen Niederschriften der letzten Sitzungen werden schnellstmöglich nachgeliefert.

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Ausfahrt-Tickets

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Aufgrund eines Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2011 können Ausfahrt-Tickets für die Tiefgarage im Neuen Rathaus nicht mehr durch das KI ausgegeben werden. Zukünftig können die Mitglieder des Integrationsrates im Vorfeld einer Sitzung

Ausfahrt-Tickets zum Preis von 1,00 €

bei Frau Wilms, Büro des Rates, Altes Rathaus, Zimmer-Nr 136 erwerben,

zu folgenden Service-Zeiten: mo, di, mi	08:00 - 16:00 Uhr,
do	08:00 - 18:00 Uhr,
fr	08:00 – 12:00 Uhr.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Flyer für Aktionswochen gegen Rassismus

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Die Mitglieder des Integrationsrates werden gebeten, die Aktionswochen gegen Rassismus durch das Verteilen von Flyern zu unterstützen.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Sitzungsteilnahme absagen

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Die Mitglieder des Integrationsrates werden gebeten, sich zukünftig nicht mehr an die Vorsitzende sondern an die Geschäftsstelle des Integrationsrates zu wenden, wenn sie ihre Teilnahme an einer Sitzung absagen.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Solidaritätsdemonstration zum ersten Jahrestag

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Zum ersten Jahrestag des russischen Angriffkrieges auf die Ukraine am 24.02.2022 findet am Freitag eine Solidaritätsdemonstration statt. Veranstalter ist die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Bielefeld, unterstützt von CDU, SPD, Grünen, FDP, deren Nachwuchs-Organisationen und anderen Initiativen. Start ist um 17:00 Uhr mit einer Mahnwache am Bielefelder Hauptbahnhof. Anschließend ziehen die Teilnehmenden gemeinsam zum Bielefelder Rathaus.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Veranstaltungshinweis 16.03.2023, Historisches Museum, Ausstellung "Angekommen"

Im Rahmen der Aktionswochen gegen Rassismus findet

am 16. März 2023, um 18:00 Uhr, im Historischen Museum Bielefeld

eine Veranstaltung in Kooperation mit der jüdischen Gemeinde Bielefeld statt:

„Die Jüdische Zuwanderung aus Osteuropa – Chancen und Herausforderungen“.

Der Eintritt ist kostenlos.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Solidarität mit der Krisenregion im türkischen Grenzgebiet

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5629/2020-2025

Es werden inhaltliche Ergänzungen und einzelne Änderungen von Formulierungen beantragt.

Herr Copertino verlangt eine schriftliche Fixierung der Änderungen, ohne die er keinen Beschluss fassen könne.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Schlifter, Frau Oberbäumer und Herr Zilke.

Antrag (1. Fassung) - Solidarität mit der Krisenregion im türkischen Grenzgebiet

Der Integrationsrat bittet, der Stadtrat möge beschließen, den vom verheerenden Erdbeben betroffenen Menschen in Syrien und der Türkei seitens der Stadt Bielefeld und Ihren Trägern, schnell und unkompliziert geholfen wird.

Dies könnte durch folgende Punkte verwirklicht werden:

- Wir bitten die Gremien unserer Stadt, die Sitzungen mit einer Gedenkminute in Andacht der Opfer der Katastrophe zu beginnen
- zusammen mit der engagierten Zivilgesellschaft eine symbolische öffentliche Solidaritätsaktion zu planen, um den Zusammenhalt und Solidarität in der Bielefelder Stadtgesellschaft zu zeigen.
- für Hilfsorganisationen und Vereine geeignete logistische Unterstützung für Hilfsaktionen anzubieten
- kurzfristig einen Runden Tisch einzuberufen, um den Austausch und Koordination aller aktiven (Hilfs-)Organisationen und gesellschaftlichen Akteur*innen zu ermöglichen und um weitere Unterstützungsbedarfe seitens der Stadt Bielefeld zu eruieren.
- sich durch den Städtetag dafür einzusetzen, die Aufnahme und Einreisebedingungen für die Erdbebenopfer schnellstmöglich zu lockern, damit sie bei ihren Familienangehörigen in Deutschland und in Bielefeld auf einem unbürokratischen Weg temporären Schutz finden (Aufenthalt mind. sechs Monate, beschleunigtes Verfahren, alternative Nachweise).
- der Ausländerbehörde zu veranlassen, in ihrem eigenen Ermessensspielraum bis auf weiteres keine Abschiebebescheide in die Türkei und in Syrien zu erlassen.
- mehrsprachige niederschwellige Angebote zur psychosomatischen Betreuung von betroffenen Bürger*innen zu erarbeiten und zu fördern

Antrag (geänderte Fassung) - Solidarität mit der Krisenregion im türkischen Grenzgebiet

Der Integrationsrat bittet, der Stadtrat möge beschließen, dass den vom verheerenden Erdbeben betroffenen Menschen in Syrien und der Türkei seitens der Stadt Bielefeld und Ihren Trägern, schnell und unkompliziert geholfen wird.

Dies könnte durch folgende Punkte verwirklicht werden:

- kurzfristig einen Runden Tisch **mit maßgeblicher Einbeziehung des Integrationsrates** einzuberufen, um den Austausch und Koordination aller aktiven (Hilfs-)Organisationen und gesellschaftlichen Akteur*innen zu ermöglichen und um weitere Unterstützungsbedarfe seitens der Stadt Bielefeld zu eruieren.
- zusammen mit der engagierten Zivilgesellschaft **(runder Tisch)** eine symbolische öffentliche Solidaritätsaktion zu planen, um den Zusammenhalt und Solidarität in der Bielefelder Stadtgesellschaft zu zeigen.
- für Hilfsorganisationen und Vereine geeignete logistische Unterstützung für Hilfsaktionen anzubieten, **in diesem Sinne soll geprüft werden, ob zu diesem Zweck Räumlichkeiten in den Kasernen Catterick und Rochdale zur Verfügung gestellt werden können**
- sich durch den Städtetag dafür einzusetzen, die Aufnahme und Einreisebedingungen für die Erdbebenopfer schnellstmöglich zu lockern, damit sie bei ihren Familienangehörigen in Deutschland und in Bielefeld auf einem unbürokratischen Weg temporären Schutz finden (Aufenthalt mind. sechs Monate, beschleunigtes Verfahren, alternative Nachweise).
- der Ausländerbehörde zu veranlassen, in ihrem eigenen Ermessensspielraum **bezüglich der Betroffenen der verheerenden Erdbeben § 18 und § 24 anwendet**
- mehrsprachige niederschwellige Angebote zur psychosozialen Betreuung und Beratung von betroffenen Bürger*innen zu erarbeiten und **vorhandene** zu fördern

Begründung:

In Bielefeld bangen gerade viele Bürger*innen um ihre Angehörige in der Türkei und in Syrien, die von den schweren Erdbeben betroffen sind. Die Naturkatastrophe hat ein gewaltiges Ausmaß an Leid und Zerstörung gebracht, das jede Vorstellung übersteigt und sehr schwer zu verkraften ist – insbesondere wenn die eigene Verwandtschaft betroffen ist oder betroffen sein könnte. Bis zum heutigen Tag sind circa 30.000 Todesopfer zu beklagen, 185.000 Menschen werden vermisst und mehr als 23 Millionen Menschen sind insgesamt von den Auswirkungen betroffen. In der klirrenden Kälte haben Millionen ihre ganze Existenz verloren, warten voller Hoffnung auf eine Hilfe und das in einer Grenzregion von Türkei und Syrien, die

seit zwölf Jahren von Krieg gezeichnet ist und ohnehin schon als geopolitisch strategische Konfliktregion gilt. Die Hilfsbereitschaft in Bielefeld ist überwältigend groß. Diese sollte die Stadt mit aller Macht unterstützen. Viele andere Städte haben schon einiges unternommen, wie zum Beispiel städtische Spendenkonten.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Mandatsverlust Integrationsrat **Berichterstattung: Herr Wörmann**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5593/2020-2025

Herr Wörmann informiert darüber, dass das Integrationsratsmitglied Jdea, Mohamad aus Bielefeld verzogen sei, wodurch er sein Mandat verliere. Weitere Schritte seien in die Wege geleitet. Nach verstreichen der Einspruchsfrist könne ein Nachrückverfahren eingeleitet werden.

Der Integrationsrat stellt fest, dass das Mitglied, Herr Mohamad Jdea, sein Mandat verloren hat, weil die Voraussetzungen seiner Wählbarkeit nach der Wahl durch einen Wegzug aus dem Wahlgebiet der Stadt Bielefeld weggefallen sind.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Projekt "AN:SPRECH:BAR" **Berichterstattung: Frau Kemper, Gleichstellungsstelle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

AN:SPRECH:BAR

Die AN:SPRECH:BAR sei ein landesweites Projekt der Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld. Ziel sei die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen. Durch geschlechtergerechte Sprache könnten Vielfalt sichtbar gemacht und neue Ehrenamtliche gewonnen werden.

Das Projekt AN:SPRECH:BAR verstehe sich als eine Anlaufstelle, welches verschiedene Angebote zu geschlechtergerechter Sprache zur Verfügung stelle.

Respekt, Wertschätzung und Toleranz drücke sich vor allem in Sprache aus, denn Sprache könne Zuschreibungen, Ausgrenzungen und Diskriminierungen vermeiden.

In der MATERIAL:BAR würden Handreichungen, Plakate, Videos und Leitfäden zu geschlechtergerechter Sprache zur Verfügung gestellt.

Die WISSENS:BAR böte Fort- und Weiterbildungen, Talks, Workshops und Vernetzungstreffen.

Zielgruppe seien Ehrenamtliche, Vereine, Netzwerke und Organisationen.

Die Mitglieder des IR seien eingeladen sich bei Fragen und Anregungen zu geschlechtergerechter Sprache an die Gleichstellungsstelle zu wenden.

Kontakt Gleichstellungsstelle:
Klara Kemper
Telefon +49 521 51-2942

ansprechbar@bielefeld.de

www.bielefeld.de/ansprechbar

-.-.-

Zu Punkt 7

10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors **Berichterstattung: Frau Woyna, Umweltamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5584/2020-2025

Der Referent des Umweltamtes, Herr Stober, stellt das Projekt „10+1 - Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ vor. Auch wenn sich die Standortsuche als unerwartet schwierig gestaltet hätte und intensive Abstimmungsprozesse erforderlich gewesen seien, sei in jedem der 10 Bielefelder Stadtbezirke ein attraktiver und passender Standort gefunden worden:

Brackwede – Brackweder Kirchplatz

Dornberg – Bürgerberatung Dornberg

Gadderbaum – Bohnenbachpark

Heepen – Am Homersen

Jöllensbeck – Bezirksamt Jöllensbeck

Mitte – Klasingstraße (Standort 1), Niederwall (Standort 2)

Schildesche – Stiftskirche

Senne – Bahnhof Senne

Sennestadt – Bullerbachteich

Stieghorst – Am Wortkamp

In enger Absprache mit der Vorsitzenden sei als Baumart die Mehlbeere ausgewählt worden, die sowohl robust und stadtklimafest als auch auffällig im Erscheinungsbild sei. Durch die Herkunft aus Mittel- und Südeuropa sei ein Bezug zum Projekthintergrund gegeben.

Um für alle Standorte eine Wiedererkennung zu erzielen, würde ein einheitliches Gestaltungskonzept mit Gießring und Baumstützen in den

Bielefelder Stadtfarben umgesetzt.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Aspekte, u. a. Wahl der Baumart (Herr Njoh Ngemhe), Standortgestaltung (Frau El Alaoui, Frau Stelze), Möglichkeiten der Ausbaustufen und deren Finanzierung (Herr Alich, Frau Oberbäumer, Herr Zilke) sowie die lange Projektdauer (Herr Schlifter) angesprochen.

Die Realisierung des Projekts starte noch im Frühjahr mit der Pflanzung des ersten Baumes im Grünstreifen am Niederwall. Als Datum nennt Frau Adilovic, ursprüngliche Antragstellerin, den 04.04.2023 in Anlehnung an den 04.04.2006, Datum an dem Mehmet Kubaşık in Dortmund dem NSU zum Opfer fiel.

Herr Nürnberger erläutert den Zeitplan und die Finanzierung. Nach der Integrationsratssitzung müssten zunächst die Bezirksvertretungen beschließen, anschließend am 30.03.2023 der Rat der Stadt. Zur Finanzierung des Projekts in der Ausbaustufe B, d. h. inkl. Informationsstehle und Sitzgelegenheit zur Steigerung der Aufenthaltsqualität stelle er Mittel aus dem Integrationsbudget zur Verfügung.

Der Integrationsrat sowie die Bezirksvertretungen in ihren Zuständigkeiten empfehlen, der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des Projektes „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ entsprechend der dargelegten Ausgestaltung.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen
-

-.-.-

Zu Punkt 8

**Vergabe der Mittel für 2023 im Rahmen des Programms
"KOMM-AN NRW"**
Berichterstattung: Frau Buchholt, KI

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5605/2020-2025

Der Beschluss wird ohne Aussprache gefasst.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt die Vergabe der Mittel aus dem Programm "KOMM-AN NRW" (Gesamtsumme 124.900 €) zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen für folgende Maßnahmen in 2023 (siehe Anlage)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2023/2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5399/2020-2025

Der Beschluss wird ohne Aussprache gefasst.

1. Der Jugendhilfeausschuss, der Finanz- und Personalausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2023/2024 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2023 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Kindertagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	82	1.228	3.510	
	Ib (35 Std.)	2.278			
	Ic (45 Std.)	2.378			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	29	29		
	IIb (35 Std.)	973	973		
	IIc (45 Std.)	1.014	1.014		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	307		307	
	IIIb (35 Std.)	3.079		3.079	
	IIIc (45 Std.)	3.188		3.188	
Summe		13.328	3.244	10.084	920 davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.328 + 920 = 14.248) und der Gesamtzahl der Plätze (14.335) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land

NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nach zu melden.
3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 198 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen zwei Plätze auf Kinder unter drei Jahren und 196 Plätze auf Kinder über drei Jahren bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nach zu melden.
4. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nach zu melden.
5. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 220 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nach zu melden.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2024 die erforderlichen Mittel einzuplanen bzw. den Haushalt 2023 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Aktionsplan Inklusion in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5419/2020-2025

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Der Punkt „Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand“ wird fortan als Standard-TOP in die Tagesordnung aufgenommen.

-.-.-

Zu Punkt 11.1 **Bericht über den Sachstand "Endgerätezuschuss"**

Herr Wörmann erläutert die Stellungnahme des Büro des Rates zur Bezuschussung der Anschaffung eines mobilen Endgerätes (21.02.2023, siehe Anlage). Der seinerzeit gefasste Beschluss zur Bezuschussung (HWBA, 15.11.2012) gelte für Ratsmitglieder und Mitglieder der Bezirksvertretungen. Eine Zuschussgewährung bei der Beschaffung von Endgeräten für Beiratsmitglieder erfolge derzeit mangels politischen Beschlusses nicht. Sollte eine Ausweitung der Bezuschussung auf alle Beiratsmitglieder und sachkundige Bürgerinnen und Bürger erfolgen, würden nach heutigem Stand bis zu 61.200 € Mehrkosten entstehen.

Daraufhin stellt Frau Bohne in Vertretung für Frau Oberbäumer die Frage, welche Kosten entstünden, wenn die Zuschussgewährung nicht generell auf alle Beiratsmitglieder und sachkundige Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet werden würde, sondern nur auf die direkt gewählten Mitglieder vom Beirat für Behindertenfragen sowie Integrations- und Seniorenrat.

-.-.-

Zu Punkt 11.2 **Beantwortung Fragenkatalog "Einwanderungsstadt Bielefeld"**

Für die gemeinsame Sondersitzung von HWBA und IR war vom IR ein Fragenkatalog vorbereitet und dem Oberbürgermeister vorgelegt worden. Lt. Satzung sind diese Fragen „wie Anfragen gemäß der Geschäftsordnung des Rates zu behandeln und in der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu beantworten“ (§ 3 Rechte, Kompetenzen, (2)).

Da mehrere Dezernate beteiligt sind und noch keine abgestimmte Antwort vorliegt, wird die Beantwortung des Fragenkatalogs auf die nächste Sitzung verschoben.

-.-.-

Johannes Murr

Murisa Adilovic

Angela Terbrack